

DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

April 2012 N° 3
ISSN 2191-4869

Wahlen ohne Wandel: Das iranische Regime trotz Wirtschaftskrise und Kriegsgefahr

von Cornelius Adebahr



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Wahlen ohne Wandel: Das iranische Regime trotz Wirtschaftskrise und Kriegsgefahr

von Cornelius Adebahr

Von Revolution keine Spur. Wer gehofft hatte, die Wahlen zum iranischen Parlament, dem Majlis, könnten die Bevölkerung noch einmal in Aufruhr versetzen wie im Sommer 2009, sieht sich enttäuscht. Mit dem Ferienbeginn zum iranischen Neujahrsfest, das pünktlich zum Frühlingsanfang das ganze Land zum Erliegen bringt, hat das Regime eine weitere kritische Phase überstanden. Iran bleibt von einem nachgeholten »persischen« Frühling bzw. der Vollendung der vor knapp drei Jahren begonnenen Grünen (Oppositions-)Bewegung weit entfernt. Gleichwohl verschärfen die internationalen Sanktionen und die zunehmende Kriegsrhetorik die bestehende Wirtschaftskrise. Ob diese ökonomische Malaise letztlich zu einer Veränderung der Verhältnisse in Iran führen wird, ist eine – von Hoffnungen und Wünschen begleitete – offene Frage.

Zumindest für das deutsche Medienpublikum hatte die iranische Parlamentswahl Anfang März 2012 einen besonderen Mehrwert: Sonst auf Präsident Ahmadinejad als vermeintlichen Ursprung alles Bösen fixiert, konnte es erkennen, dass dieser im eigenen Land gar nicht so mächtig ist. Zutreffend wurde die Wahl als Auseinandersetzung innerhalb des konservativen Lagers, als Duell zwischen dem Geistlichen (oder Obersten) Führer, Ayatollah Khamenei, und Mahmoud Ahmadinejad, gedeutet. Nicht zuletzt wegen des Aufrufs vieler Reformer zum Wahlboykott hatten regimekritische Wähler wenig Interesse, an der Wahl teilzunehmen. Aus dem gleichen Grund galt dem Regime selbst nicht der eigene Stimmenanteil, sondern die Wahlbeteiligung insgesamt als Gradmesser für den Erfolg. Gerade angesichts der fortdauernden internationalen Isolation des Landes fungiert die Abstimmungsteilnahme als Legitimation des Systems.¹ Weshalb die iranische Führung von Khamenei abwärts nicht müde wurde, die religiöse Pflicht zum Wahlgang zu betonen. Denkbar euphorisch waren denn auch die Berichte über eine angebliche Zunahme der Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl vor vier Jahren um sieben auf 64 Prozent.²

Mit der – in Deutschland und international – vorherrschenden Deutung der Wahlen als erfolgreicher

Abrechnung des konservativen Establishments mit dem populistischen Präsidenten lagen die Medien jedoch daneben. Eine solche Analyse war angesichts der schleppenden Auszählung ohnehin verfrüht.

Und der Gewinner ist... Ahmadinejad?

Auch vier Wochen nach der Wahl wurde noch kein offizielles Endergebnis verkündet (Stand: 30. März 2012) – ein Umstand, der vermuten lässt, dass das Resultat eher auf Machtkämpfen hinter den Kulissen als auf der eigentlichen Stimmabgabe basieren wird. Darüber hinaus werden knapp ein Viertel der Mandate (ca. 70 von 290 Sitzen) erst in einem zweiten Wahlgang vergeben werden, da in den entsprechenden Wahlkreisen keiner der Kandidaten die erforderlichen 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. In der symbolträchtigen Hauptstadt ist es sogar die Mehrheit der Sitze, die in den Nachwahlen Anfang Mai vergeben werden wird.

Schließlich lässt das personenwahlorientierte iranische Wahlsystem die politische Linie eines Kandidaten allein aufgrund seiner Listenzugehörigkeit nicht erkennen. Da keine festen Parteimit-

gliedschaften bestehen, kann sich ein Kandidat mehreren politischen Gruppierungen anschließen, um seine Sichtbarkeit zu erhöhen. So findet sich die Mehrheit der Kandidaten der Revolutionsführer Khamenei nahe stehenden »Einigungsfront der Prinzipientreuen« gleichzeitig auf der Liste »Front der Standhaftigkeit der Islamischen Revolution«. Letztere wird eher den Unterstützern des Präsidenten zugerechnet. Die Wahlerfolge der »Prinzipientreuen« haben die hiesigen Korrespondenten in ersten Berichten dazu veranlasst, von einer Niederlage Ahmadinejads zu sprechen. Wem die Loyalität der mehrfach gelisteten Kandidaten im neuen Parlament dann aber tatsächlich gilt, ist bis zu den ersten Abstimmungen nicht gesichert.³

Als Ausdruck der isolierten Position des Präsidenten galt bislang dessen Vorladung vor das Majlis – ein in der Geschichte der Islamischen Republik einmaliger Vorgang. Anfang Februar hatten 79 Abgeordnete erstmals erfolgreich diese Einbestellung verlangt, um Ahmadinejad vor allem für seine als desaströs empfundene Wirtschaftspolitik zur Rechenschaft zu ziehen. Da dieser Schritt zuvor schon einmal durch die Intervention des Parlamentspräsidenten und Khamenei-Vertrauten, Ali Larijani, verhindert worden war, galt die erfolgreiche Vorladung als vom Revolutionsführer sanktionierter Schritt. Umso bedeutsamer ist nun, dass einige der prominentesten Ahmadinejad-Kritiker den direkten Einzug ins Parlament verpasst haben und um einen Erfolg im zweiten Wahlgang bangen müssen. Umgehend haben sie den Ton gegenüber dem Präsidenten abgeschwächt. Dieser wiederum hat den angesetzten Termin für die Befragung zwar wahrgenommen, das landesweit im Fernsehen übertragene Ereignis aber in erster Linie als Plattform für den Nachwahlkampf genutzt.⁴

Als sicher gilt allein, dass das nächste Parlament durch die weit gehende Absenz der Reformkräfte eine konservative Bastion sein wird. Die Konfliktlinie wird entsprechend zwischen dem nationalistisch-populistischen Lager Ahmadinejads und dem islamistisch-prinzipientreuen Mainstream des Geistlichen Führers verlaufen. Die zentrale Frage ist daher, ob es Ahmadinejad gelingen wird, bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr (bei denen er selber nach zwei Amtszeiten nicht

mehr antreten darf) einen Nachfolger nach seinem Geschmack zu küren. Nach dem »Putin-Medwedjew-Modell« käme hierfür sein engster Berater, Esfandiyar Rahim Mashai, in Frage.⁵ Dieser gilt jedoch dem mehrheitlich panislamisch eingestellten Klerus wegen seiner Propagierung eines »nationalen, iranischen Islams« als höchst verdächtig.

Momentan deutet alles darauf hin, dass Ahmadinejad durch einen Vertreter des Establishments – und damit einen Anhänger Khameneis – beerbt werden wird. Zu stark ist dessen in 22 Jahren formiertes Machtzentrum, zu unumstritten seine über dem politischen Alltag stehende Position, auch und gerade nach der Grünen Bewegung von 2009. Als »abweichende Strömung« innerhalb der Konservativen wiederum haben Ahmadinejad, Mashai und Co. es nicht vermocht, sich gegenüber dem vom Obersten Führer kontrollierten Wächterrat und den Revolutionsgarden eine unabhängige institutionelle Machtbasis zu verschaffen. Somit werden derzeit die größten Chancen für die Wahl im Juni 2013 Parlamentspräsident Larijani, dem Sohn eines bedeutenden Ayatollah und ehemaligen Chefunterhändler in der Nuklearfrage, zugeschrieben.

Gleichwohl verschärft sich die Wirtschaftskrise

Die realwirtschaftlichen Verhältnisse im Land hingegen kann Präsident Ahmadinejad nicht derart ignorieren wie er sie vor dem Parlament zerredet hat. Dies gilt in erster Linie für die Folgen des von ihm eingeleiteten Subventionsabbaus, dessen Ziel es ist, die staatliche Unterstützung für die meisten Konsumgüter bis 2015 zu beenden.⁶

Im Dezember 2010 strich die Regierung die Vergünstigungen auf breiter Front und ersetzte sie durch Direktzahlungen an weite Teile der Bevölkerung. Für eine Wirtschaft wie die iranische, die der Staat laut Verfassung im Interesse von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit in fast allen wesentlichen Bereichen kontrolliert, war dies ein beachtlicher Schritt. Kein Präsident vor Ahmadinejad hatte den Mut, diesen Schritt, der aufgrund der hohen Subventionskosten von 15 bis 30 Prozent des iranischen Bruttoinlandsprodukts

(BIP) fiskalpolitisch notwendig war, tatsächlich zu unternehmen – zu groß war die Angst vor möglichen sozialen Unruhen.⁷ Dabei können die internationalen Sanktionen durchaus eine förderliche, wenn auch unintendierte Rolle gespielt haben: Dem Parlament mag die Zustimmung zu diesem umstrittenen Plan leichter gefallen sein, da die Regierung auf diese Weise größeren finanziellen Spielraum erhält.⁸

In der Folge des Subventionsabbaus sind die Preise für sechzehn verschiedene Waren und Dienstleistungen, darunter Gas, Wasser und Strom sowie Mehl und andere Grundnahrungsmittel, rapide gestiegen. Allein bei Benzin und Diesel erhöhte sich der Preis binnen kurzer Zeit von umgerechnet 7 auf 49 Cent bzw. 1,2 auf 29 Cent pro Liter. Im Gegenzug erhalten rund 60 Millionen Iraner (gut 80 Prozent der Bevölkerung – die Zuteilung erfolgte auf Antrag und ohne Bedürfnisprüfung) zweimonatlich eine kompensatorische Direktzahlung in Höhe von ca. 25 Euro.⁹ Diese Summe kann jedoch die Preissteigerungen nicht ausgleichen: Die offizielle Inflationsrate lag zuletzt bei 21 Prozent; allein in den vergangenen drei Monaten haben jedoch die Preise für viele Waren aufgrund des Währungsverfalls um 40 bis 60 Prozent zugelegt.

Verschärft wird die Inflation durch massive Liquiditätsprobleme der Regierung. Das zu Ende gehende Haushaltsjahr (von März 2011 bis März 2012) wird voraussichtlich mit einem beachtlichen Defizit abgeschlossen werden.¹⁰ Die im Inland lagernden Devisenreserven sind nach Auskunft des Zentralbankpräsidenten aufgebraucht.¹¹ Die Exporteinnahmen wiederum kann die iranische Regierung aufgrund der Beschränkungen bei Finanztransfers nicht mobilisieren. Sie verbleiben als Buchwerte bei ausländischen Geschäftspartnern bzw. sind an Importe aus dem entsprechenden Land gebunden. Ein Bericht auf der Webseite Baztab-e Emrouz darüber, dass das Land keinen Zugriff auf die bei chinesischen Banken gelagerten Devisen in Höhe von rund 25 Milliarden US-Dollar habe, wurde kurz nach Erscheinen wieder gelöscht.¹²

Mehr noch als das Ölembargo, welches seitens der Europäer erst zum Sommer 2012 in Kraft tritt, ist es der Ausschluss von den internationalen Finanz-

strömen, der das Land an seiner wirtschaftlichen Lebensader trifft. Hier ist neben der Listung (d.h. dem Belegen mit Sanktionen) der iranischen Zentralbank vor allem der Abbruch des internationalen Zahlungsverkehrs zu nennen. Unter dem Druck der amerikanischen und europäischen Regierungen (hier vor allem der EU-Ratsbeschluss 2012/152/GASP vom 15. März 2012) sah sich die belgische Firma SWIFT gezwungen, ihre Zusammenarbeit mit den bislang von den Sanktionen weitgehend verschonten iranischen Privatbanken zu beenden.¹³ Da SWIFT ein Quasimonopol für internationale Finanztransaktionen besitzt, können iranische Unternehmen somit ihre Lieferungen – selbst im Handel mit nichtwestlichen Unternehmen – nur noch bar oder im Austausch gegen andere Waren bezahlen. Dieser Schritt wird demnach massive Auswirkungen auf alle Importe und Exporte des Landes haben.

Um wieder Liquidität zu gewinnen, dürfte die Regierung verstärkt Privatunternehmen sowie die vermögenderen Schichten zur Kasse bitten. Die Wirtschaft muss sich auf weitere Preissteigerungen – vor allem bei Energieträgern – gefasst machen. Staatliche Preiskontrollen wiederum sollen die Unternehmen daran hindern, die zusätzlichen Kosten an den Endverbraucher weiterzugeben. Daneben wird die Regierung auch zukünftig etliche Rechnungen unbezahlt lassen. Allein das Energieministerium ist – trotz gestiegener Energiepreise – mit fünf Milliarden US-Dollar bei inländischen Gläubigern verschuldet.¹⁴

Die Verbraucher werden ebenfalls mit weiterhin steigenden Kosten zu kämpfen haben. Dies betrifft vor allem die Ausgaben für Benzin, Strom und Gas: Es wird vermutet, dass seit der Subventionsreform fast ein Drittel der Haushalte ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen. Die für die meisten Beobachter unerwartete, noch während der Nowruz-Ferien erfolgte Erhöhung der Direktzahlungen auf ca. 30 Euro pro Monat¹⁵ kann zumindest einen Teil der Kostensteigerungen kompensieren. Eine für das neue Jahr vorgesehene Lohnerhöhung für einfache Arbeiter in Höhe der offiziellen Inflationsrate jedoch bleibt deutlich unter der geschätzten tatsächlichen Teuerungsrate von über 30 Prozent.

In der Folge ist mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.¹⁶ Dem Staat selbst verbleiben immer weniger Mittel, um selber aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Unternehmensseitig sind aufgrund der finanziellen Engpässe Pleiten und Entlassungen, wenigstens aber ausstehende Lohnzahlungen über größere Zeiträume zu erwarten. Offiziell liegt die Arbeitslosenquote bei 13 Prozent; für die 15- bis 29-jährigen ist sie mit 30 Prozent angegeben. Beide Werte dürften jedoch effektiv deutlich höher liegen. Die hohe Arbeitslosigkeit und die nachlassende Kaufkraft vor allem der mittleren und höheren Einkommenschichten tragen ihren Teil dazu bei, das Wachstum der iranischen Volkswirtschaft weiter zu verlangsamen.

Das vergangene (iranische) Jahr ist, anders als der Revolutionsführer in seiner Neujahrsansprache betont hat, weit von dem »wirtschaftlichen Jihad« entfernt, den das Regime als Antwort auf die Sanktionen ausgerufen hatte.¹⁷ Vielmehr werden die gegenwärtige Rezession sowie die Verlagerung von gewinnträchtigen ökonomischen Aktivitäten in den Schwarzmarkt mittelfristig anhalten. Hiervon profitieren vor allem die Revolutionsgarden (Pasdaran), die weite Teile der iranischen Wirtschaft kontrollieren und das illegale Geschäft dankbar übernehmen.¹⁸

Das Atomprogramm, Sanktionen – und Krieg?

Auch wenn die iranische Wirtschaft mittlerweile massiv unter den internationalen Sanktionen leidet, lassen sich hieraus bislang keine Auswirkungen auf das Atomprogramm des Landes bzw. die Bereitschaft zu Verhandlungen über dieses ableiten. Auch die Wahlen haben an dieser Lage nichts verändert. Dies liegt nicht nur daran, dass dieses Programm in letzter Instanz direkt dem auf Lebenszeit gewählten Obersten Führer untersteht. Auch das gesamte politische Spektrum, einschließlich der verbleibenden Reformer, sieht das (zivile) Programm als Ausweis nationalen wissenschaftlich-technologischen Fortschritts an.¹⁹ Als solches ist es nicht verhandelbar – und die Idee, Iran könne zu einem Verzicht auf die Urananreicherung bewegt oder gar gezwungen werden, von vorneherein illusorisch.

Insofern hat der internationale Druck – unabhängig von seiner Berechtigung angesichts wiederholter Mahnung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) sowie mehrfacher Resolutionen des UN-Sicherheitsrats – das Regime bislang auch nicht zum Einlenken bringen können.²⁰ Vielmehr scheint er dessen Rückhalt in der Bevölkerung zu erhöhen (womit keineswegs eine Zustimmung zur Politik des aktuellen Präsidenten gemeint ist, sondern die grundsätzliche Unterstützung für das System). Gerade aufgrund der internationalen Isolation kommt es in einem Land, das auf seine nationale Souveränität besonderen Wert legt, einem politischen Todesurteil gleich, als Handlanger ausländischer Kräfte gebrandmarkt zu werden.

Wenn die ersten Wochen des Jahres 2012 nicht bloß ein unverantwortliches Pokerspiel einzelner politischer Führungen waren, dann haben sie aufgezeigt, wie gefährlich die Situation für den Rest des Jahres bleiben wird. Iran hat einmal mehr mit der Schließung der Straße von Hormus gedroht, was für die USA tatsächlich ein Anlass für militärisches Eingreifen wäre. Israel und Iran haben beide – darauf deuten zumindest die Indizien hin – Anschläge auf Zivilisten der Gegenseite verübt. Israel wiederum hat deutlich gemacht, dass es zum einseitigen Waffengang bereit ist, wenn es seine roten Linien überschritten sieht. Europäer und Amerikaner haben ihrerseits mit den im Januar beschlossenen Maßnahmen gegen den Finanzsektor und die Ölbranche die letzte Stufe der Sanktionsleiter erreicht.²¹ Abgesehen von einem – nicht mehr mit dem Atomprogramm zu begründenden – Totalembargo des Landes ist somit der nicht-militärische Werkzeugkasten erschöpft.

Die Tatsache, dass Iran und die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschland (die »P5+1«) nun die vor gut einem Jahr abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen wollen, ist für sich genommen ein gutes Zeichen – nicht zuletzt weil dies allen Beteiligten eine Atempause verschafft. Gleichwohl ist klar, dass dieser Schritt alleine Israel nicht von möglichen militärischen Alleingängen abhalten wird. Vielmehr müssen beide Seiten relativ zügig substantielle Fortschritte erreichen, um die Argumente für einen Militärschlag zu entkräften.

Die Europäer nehmen hierbei eine Führungsposition ein, nicht nur weil die EU-Außenbeauftragte, Catherine Ashton, auch im Namen der P5+1 verhandelt.²² Die besondere Verantwortung ergibt sich vielmehr aus dem ureigenen Interesse der Europäer: Sie wollen weder die Bombe, noch den Krieg. Für die Israelis hingegen ist Krieg zur Verhinderung einer iranischen Bombe eine realistische Politikoption. Für die Amerikaner ist es dies ebenfalls (»no containment« und »all options on the table«), aber bitte nicht im Wahljahr. Für die Iraner wiederum ist Unterwerfung unter ein äußeres Diktat (z.B. durch den Verzicht auf die Fähigkeit zur Urananreicherung) keine Option. Ob sie hierfür einen Angriff auf das eigene Land in Kauf nehmen würden, ist eine entscheidende – und kaum im Vorhinein zu beantwortende – Frage. Sicher ist, dass sich das Regime nach der Erfahrung von acht Jahren Krieg gegen den vom Westen unterstützten Saddam Hussein in den 1980er Jahren stark genug fühlt, um bislang allen Drohungen zu trotzen. So scheint es, dass die Führungen sowohl in Iran als auch in den USA und Israel mit jeweils einer der beiden Alternativen – Bombe bzw. Krieg – leben könnten.

Dringend gesucht: Ein unwiderstehliches Angebot

Angesichts der in Tel Aviv und – mit Einschränkungen – auch in Washington öffentlich dargestellten Entschlossenheit zum militärischen Eingreifen stellen die nun beginnenden Verhandlungen die wahrscheinlich letzte Chance für eine friedliche Lösung dieses Konflikts dar. Wenn die Gespräche also mehr sein sollen als bloßer Zeitgewinn, und wenn die Alternativen zum Erfolg aus europäischer Sicht untragbar sind, müssen die P5+1 Iran ein Angebot machen, das dessen Führung nicht ablehnen kann. Nur so kann die Welt davon überzeugt werden, dass der Westen es ernst meint mit Verhandlungen und nicht bloß ein ihm unliebsames Regime beseitigen will.²³ Sollte die iranische Führung ein solches Angebot ablehnen, wäre umgekehrt klar, dass sie diejenige ist, die keine einvernehmliche Lösung anstrebt.

Es ist also an den Europäern, ihr ganzes Gewicht für den dritten, den Verhandlungsweg, in die Waagschale zu werfen.²⁴ Das heißt »klotzen, nicht kleckern«. Was für die Amerikaner die Strategie der »overwhelming force« im Falle eines Militäreinsatzes ist, muss für Europa analog die »overwhelming offer« am Verhandlungstisch sein. Von A wie Anerkennung bis Z wie Zusammenarbeit muss dieses Angebot alles enthalten, was die Europäer – gemeinsam mit Amerikanern, Chinesen und Russen, aber auch regionalen Akteuren wie der Türkei und Saudi-Arabien – bereit sind zu geben.

Anerkennung beinhaltet die Feststellung aller relevanten Akteure, dass Iran – wie jedes dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) beigetretene Land – den Brennstoffkreislauf schließen, also Uran für zivile Zwecke anreichern darf. Daneben geht es auf diplomatischer Ebene um die Aufnahme direkter Beziehungen, zunächst zwischen der EU und Iran²⁵ sowie, zu einem späteren Zeitpunkt, den USA und Iran. Schließlich impliziert Anerkennung, dass das Ziel der Sanktionen lediglich das Befolgen der entsprechenden UN-Resolutionen und nicht etwa das Ende der Islamischen Republik ist. Alles andere wäre nicht nur nach internationalem Recht illegitim, sondern würde auch jede Verhandlungslösung des Konflikts versperren.

Zusammenarbeit wiederum erstreckt sich von der Unterstützung in der Energiewirtschaft (ob Atomenergie oder Öl- und Gasförderung) über institutionelle Arrangements (Beitritt Irans zur Welthandelsorganisation) bis hin zum Aufbau einer regionalen Wirtschaftsordnung um den Persischen Golf unter Einschluss aller Anrainer.

Im Gegenzug muss das iranische Regime den durch vollständige Transparenz untermauerten Verzicht auf Atomwaffenbesitz erklären. Dies setzt den ungehinderten Zugang von IAEO-Inspektoren zu allen relevanten Anlagen in Iran voraus, wie es das vom damaligen Präsidenten Khatami mit dem Pariser Abkommen von 2004 vorläufig umgesetzte Zusatzprotokoll zum NVV vorsieht.²⁶ Darüber hinaus würde die Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufes nicht nur ein wichtiges Signal der Vertrauensbildung setzen, sondern wäre – in dem sie anderen Staaten den Zugang zu zivil genutztem Brennstoff-

terial eröffnete – auch ein Meilenstein für die weltweite Durchsetzung nuklearer Nichtverbreitung.

Das Argument, dass die iranische Führung auf diese Weise für Jahre der Missachtung und Obstruktion auch noch belohnt würde, zieht hingegen nicht. Es ist eine Tatsache der internationalen Politik, dass ein ‚Schurke‘, wenn er nur gefährlich genug geworden ist, für sein etwaiges Einlenken belohnt und nicht bestraft wird – sei es Kim Jong Il in Nordkorea durch den Nukleardeal mit US-Präsident Clinton von 1994 oder Muammar Gaddafi in Libyen für seinen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen Ende 2003. Immer erscheint eine solche Übereinkunft »ungerecht« aus Sicht der Staaten, die sich von Anfang an an die Regeln gehalten haben. Doch ist es besser, einen im Einzelfall hohen (monetären und wirtschaftlichen) Preis für die Rehabilitierung eines Regelbrechers zu zahlen, als durch den fortgesetzten Regelbruch das System unterlaufen zu lassen.

Denn hierin liegt das zweite ureigene Interesse der Europäer: im Erhalt des Nichtverbreitungsregimes. Aufgrund ihrer Werte sowie ihrer (begrenzten militärischen) Fähigkeiten hat sich die EU einem »effektiven Multilateralismus« verschrieben.²⁷ Entsprechend propagiert sie die friedliche Konfliktlösung durch gemeinsame, verbindliche Regeln. Mit dem NVV, dessen Einhaltung von der IAEO überwacht wird, existiert ein solches Regelwerk für die nukleare Nichtverbreitung. Zwar ist dieses Regime bereits durch die Atommächte Israel, Indien und Pakistan geschwächt. Doch haben diese ihr Arsenal erworben, ohne dem Vertrag jemals beigetreten zu sein. Eine iranische Bombe hingegen wäre das

Signal, dass die Regeln des NVV selbst für Unterzeichnerstaaten nicht greifen.

Über das faktische Szenario eines regionalen Wett-rüstens im Mittleren Osten hinaus bestünde in diesem Fall also die konkrete Gefahr einer weltweiten Re-Nuklearisierung. Dies zu verhindern sollte Anreiz genug für die EU und alle ihre Mitgliedstaaten sein, ihre vielgescholtene Außenpolitik mit einem Verhandlungserfolg zu stärken.

Am Ende ließe sich so auch bestenfalls die iranische Innenpolitik beeinflussen, anstatt bloß auf einen politischen Umsturz oder das Ableben des Revolutionsführers zu hoffen. Denn eine einvernehmliche Lösung des Nuklearkonflikts nähme dem Regime eine wesentliche Grundlage für die Ablenkung von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Land. So entschärft die Anerkennung Irans als einer technologisch fortschrittlichen Nation mit einem geschlossenen Brennstoffkreislauf die Konfrontation mit dem Westen. Auch träten nach dem Wegfall der Sanktionen die hausgemachten Probleme in den Vordergrund, wofür dann die Menschen in Iran ihre eigene Führung – sei es den Präsidenten oder den Revolutionsführer – zur Rechenschaft ziehen könnten. Vor diesem Hintergrund könnte die im Sommer 2013 anstehende Präsidentschaftswahl ein echter Ausdruck des Volkswillens und nicht bloß eine Pflichtübung sein.

Dr. Cornelius Adebahr ist Associate Fellow am Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen im Forschungsinstitut der DGAP. Er lebt in Teheran und Berlin.

Anmerkungen

- 1 Fürtig, Henner (2012) Mehr als nur Routine: Iran wählt ein neues Parlament (GIGA Focus Nr. 3/2012). Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. Siehe auch Posch, Walter (2008) *E pluribus unum: Decision-makers and decision-making in Iran*. Paris: EU Institute for Security Studies, 3.
- 2 Posch, Walter (2012) Iran nach den Parlamentswahlen 2012: Normalisierung nach Chameneis Geschmack (SWP

Kurz Gesagt, 16.03.2012). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

- 3 Perthes, Volker (2008) *Iran - eine politische Herausforderung: die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 32 (Anm. 9).
- 4 Darüber hinaus hat er sich in seinen Antworten über die Abgeordneten lustig gemacht; s. Alfoneh, Ali (2012c) Iran

- News Round Up (March 14). Washington, DC: American Enterprise Institute.
- 5 Fürtig, Henner (2012) Mehr als nur Routine: Iran wählt ein neues Parlament, a.a.O. (Anm. 1).
 - 6 Guillaume, Dominique, Roman Zytek and Mohammad Reza Farzin (2011) Iran - the chronicles of the subsidy reform (IMF Working Paper; WP/11/167). Washington, D.C.: International Monetary Fund.
 - 7 Pesaran, Evaleila (2012) Challenges facing the Iranian economy. In Rouzbeh Parsi (ed.), Iran: A Revolutionary Republic in Transition (Chaillot Paper 128). Paris: EU Institute for Security Studies, 41-59; hier: 55-57.
 - 8 Katzmann, Kenneth (2011) Iran Sanctions (July 20, 2011). Washington, DC: Congressional Research Service, 52.
 - 9 Guillaume, Dominique, Roman Zytek and Mohammad Reza Farzin (2011) Iran - the chronicles of the subsidy reform, a.a.O. (Anm. 6), 14.
 - 10 Tehran Bureau (2012) Funny Money: The Rial Is Rolling for a Reason (4 Jan 2012). In: Frontline PBS.
 - 11 Alfoneh, Ali (2012c) Iran News Round Up (March 14), a.a.O. (Anm. 4).
 - 12 Alfoneh, Ali (2012b) Iran News Round Up (March 13). Washington, DC: American Enterprise Institute.
 - 13 SWIFT (2012) SWIFT ist nach Beschluss des EU-Rats angewiesen, von Sanktionen betroffene iranische Banken von seinen Services auszuschließen (Pressemitteilung vom 15. März 2012). Brüssel: SWIFT.
 - 14 Alfoneh, Ali (2012a) Iran News Round Up (March 8). Washington, DC: American Enterprise Institute.
 - 15 Alfoneh, Ali (2012e) Iran News Round Up (March 26). Washington, DC: American Enterprise Institute.
 - 16 Pesaran, Evaleila (2012) Challenges facing the Iranian economy, a.a.O. (Anm. 7), 57.
 - 17 Alfoneh, Ali (2012d) Iran News Round Up (March 20). Washington, DC: American Enterprise Institute; Parsi, Rouzbeh (2011) Iran in the shadow of the 2009 presidential elections (Occasional Paper 90). Paris: European Union Institute for Security Studies, 9.
 - 18 Parsi, Rouzbeh (2011) Iran in the shadow of the 2009 presidential elections, a.a.O. (Anm. 17), 25; Perthes, Volker (2010) Ambition and fear: Iran's foreign policy and nuclear programme, *Survival*, 52 (June-July 2010), 3, 95-114; hier 105.
 - 19 Elson, Sara Beth and Alireza Nader (2011) What do Iranians think? A survey of attitudes on the United States, the nuclear program, and the economy. Santa Monica, CA: RAND Corporation, 11.
 - 20 Katzmann, Kenneth (2011) Iran Sanctions, a.a.O. (Anm. 8), 48.
 - 21 Maloney, Suzanne (2012) Obama's Counterproductive New Iran Sanctions: How Washington is Sliding Toward Regime Change, *Foreign Affairs, Snapshot* (January 5); Parsi, Rouzbeh (2012) Introduction: Iran at a critical juncture. In Parsi, Rouzbeh (ed.), Iran: A Revolutionary Republic in Transition, a.a.O. (Anm. 7), 21.
 - 22 European Union (2012) Factsheet: The European Union and Iran (Brussels, 23 March 2012 - 5555/2/12 REV 2). Brussels: Press Office of the Council of the European Union.
 - 23 Parsi, Rouzbeh (2011) Iran in the shadow of the 2009 presidential elections, a.a.O. (Anm. 17), 23-24.
 - 24 Ibid., 21-22.
 - 25 Adebahr, Cornelius (2011) Eine diplomatische Volte, mit der Teheran nicht rechnet. Warum die Europäische Union gerade jetzt offizielle Beziehungen mit Iran aufnehmen sollte (DGAPstandpunkt Dezember 2011 N° 13). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
 - 26 Perthes, Volker (2010) Ambition and fear: Iran's foreign policy and nuclear programme, a.a.O. (Anm. 18).
 - 27 European Council (2003) European Security Strategy: A Secure Europe in a Better World. Brussels.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net

© 2012 DGAP